

tungen enthielten aber eine solche Präjudizierung, wie man ihre Rolle auch immer beschränke.<sup>67</sup> Die Formulierungen Koenigs ließen jedoch die französische Differenzierung offen: Das Veto galt den deutschen Zentralverwaltungen, nicht der deutschen Wirtschaftseinheit, und bei den beiden an diesem Tag zur Debatte stehenden Entwürfen — der Transport- sowie der Kommunikations- und Postagentur — ging es um eben diese deutsche Eigenverantwortung und um die politischen bzw. strategischen Implikationen ökonomischer Maßnahmen, nicht um die Wirtschaftseinheit selbst. Trotz der Verschärfung der Konfrontation blieb die französische Vertretung bei der Zustimmung zu einer Transportagentur, vorausgesetzt, dies sei *done among the Allies alone* und werde *not . . . involve German directions*.<sup>68</sup>

Clay vollzog die Unterscheidung von Zentralverwaltungen und deutschen Zentralverwaltungen nicht mit<sup>69</sup> und brach den vorliegenden Protokollen zufolge die Diskussion ab, wenn das Thema in dieser Form erneut angeschnitten wurde. Noch im April 1946 war er höchst erstaunt, als Noiret im Koordinationskomitee *emphatically* feststellte, die Franzosen hätten *always . . . favored economic unity*, doch nicht die deutschen Zentralverwaltungen.<sup>70</sup> Von beiden Seiten nahmen die Spannungen in Berlin im Verlauf des Oktober 1945 erheblich zu. Hinter Clay's Reaktion stand einerseits die Persönlichkeit des rasch entscheidenden, an effizienter Verwaltung orientierten Militärs. Darüber hinaus stießen hier jedoch die fundamental unterschiedlichen besatzungspolitischen Konzeptionen aufeinander, die in der Sozialpolitik immer wieder anzutreffen sein werden. Clay trat generell für eine rasche Ausweitung deutscher politischer Rechte und gegen die Übernahme wesentlicher Verantwortung durch die Alliierten ein. Die Franzosen wollten weder die genaue Kontrolle des deutschen Wiederaufbaus und der deutschen Wirtschaft aufs Spiel setzen noch die Durchsetzung eigener inhaltlicher Ziele in ihrer Zone; dazu gehörten auch gesellschaftliche und kulturpolitische Neuordnungsmaßnahmen, die Frankreich im Rahmen seiner sicherheitspolitischen Interessen anstrebte und ebenso wie Clay als „Demokratisierungspolitik“ verstand. Die beiden entgegengesetzten Auffassungen von der Form einer solchen Demokratisierungspolitik verschärfen die Auseinandersetzungen um die deutschen Zentralverwaltungen. Zu der Kontroverse gehörten aber auch die unterschiedlichen Föderalismus-Konzeptionen. Während die Franzosen auf einem langsamen Wiederaufbau politischen Lebens von der Basis aus be-

<sup>67</sup> Erklärung Koenigs im Kontrollrat, 1. 10. 1945, in: Documents français, S. 16, dt. in: Europa-Archiv 9 (1954), S. 6748.

<sup>68</sup> Murphy an Byrnes, 13. 10. 1945, über Position von Koeltz im Koordinationskomitee am 12. 10. 1945; FRUS 1945 Bd. 3, S. 882 f. — Vgl. Unterlagen in MdAE Y (1944—1949) 282—283, u. a. Koeltz an Außenministerium, 22. 11. 1945.

<sup>69</sup> Vgl. u. a. auch Clay an War Department, 1. 10. 1945, Auszug in: Clay Papers, Bd. 1, S. 88 f. Ähnlich ders. an McCloy, 5. 10. 1945, ebd., S. 91 ff. Clay konstatierte hier, die Franzosen seien gegen *the very principle of establishing central agencies* (S. 92); der französische Text sprach an dieser Stelle von *les administrations centrales projetées*, was sich eindeutig auf die zuvor erwähnten *administrations centrales allemandes* bezog, nicht auf jegliche zentralen Agenturen, wie Clay es interpretierte.

<sup>70</sup> Murphy an Byrnes, 2. 5. 1946, über Koordinationskomitee 26. 4. 1946; FRUS 1946 Bd. 5, S. 545 f. Vgl. ebenso Murphy an Byrnes, 4. 4. u. 6. 5. 1946; ebd., S. 536 f. u. 547 f.